



Bremen

in der Europäischen Union



Europäische Kommission

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

Zitelmannstraße 22

53113 Bonn

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen
Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet



Bremen

in der Europäischen Union

„Im vereinten Europa liegt die Zukunft der Europäer, gerade weil sich die gesamteuropäischen Rahmenbedingungen dramatisch geändert haben. Kollektive fallen bei Verunsicherung leicht in längst überwunden geglaubte Verhaltensmuster zurück. Deshalb droht immer wieder der Rückfall in rein nationale Betrachtungsweisen. Eins können wir aber mit aller Entschiedenheit schon heute feststellen: In nationalen Alleingängen, im Rette-sich-wer-kann-Reflex oder gar in Schuldprojektionen auf die Europäische Union (EU), liegt kein Ansatz zur Lösung der Probleme.

Bei unvoreingenommener Betrachtung der Maastrichter Verträge gibt es hinsichtlich der inneren Entwicklung keinen Grund für nationales Wehgeschrei. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip wird die Gemeinschaft nur dann tätig, wenn die angestrebten Ziele besser erreicht werden können als von einem Mitgliedstaat oder einer Regierung allein.

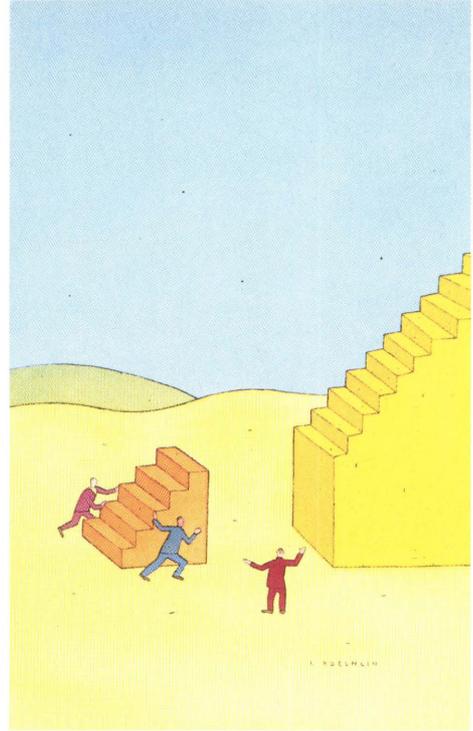
Regionale und lokale Gebietskörperschaften werden gestärkt, die nationale Vielfalt geschützt. Politik soll jeweils auf der Ebene gemacht werden, wo größtmögliche Wirksamkeit bei größtmöglicher Bürgernähe erzielt werden kann. Natürlich müssen wir auf allen Ebenen darüber wachen, daß das auch so geschieht.“

*Klaus Wedemeier, Bürgermeister und
Präsident des Bremer Senats*



BREMEN IN EUROPA

Offene Märkte
sind Grundlage
des Erfolgs der
Hansestadt



Die Bremer wußten schon immer offene Märkte zu schätzen. Der Handel war und ist prägend für die regionale Wirtschaft. Im Hafen stehen Container und Umschlaganlagen, die zu den größten und leistungstärksten der Welt zählen. Die Hansestadt Bremen ist das kleinste der deutschen Bundesländer und gleichzeitig eine der kleinsten Regionen in der Europäischen Union. Vergleichbar ist Bremen mit dem britischen Verwaltungsbezirk Merseyside oder den Balearen. Die Bevölkerungsdichte entspricht etwa der Manchesters. Die Region verzeichnet ein um mehr als 40 Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner als der EU-Durchschnitt

Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

und ist darin vergleichbar mit der Stadt Brüssel. Während in den Werften Arbeitsplätze abgebaut wurden, profilierte sich das Land als Wirtschaftsstandort der High-Tech-Industrie.



Die Wirtschaft wird von Großbetrieben bestimmt. 30 Unternehmen beschäftigen 50 000 Arbeitskräfte. 84 Prozent der erwirtschafteten Güter gehen in den Export. Das sichert viele Arbeitsplätze.

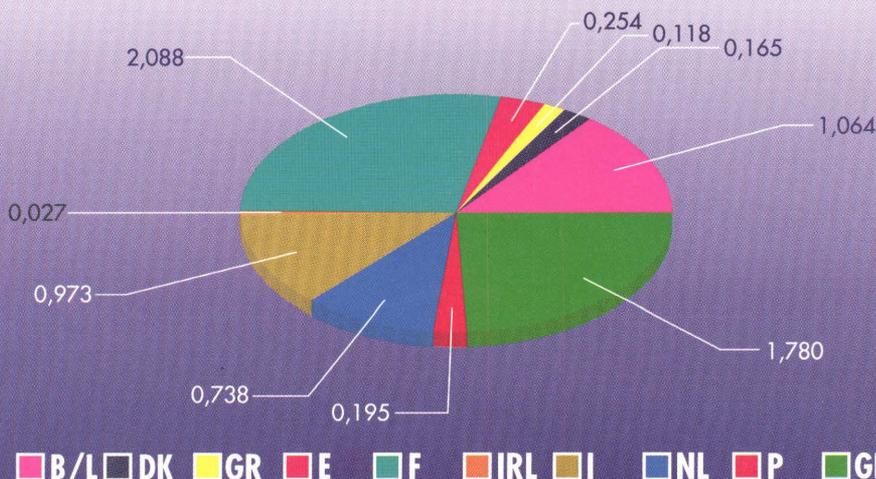
Diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU dem Land Bremen gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Der Export Bremens in die EU

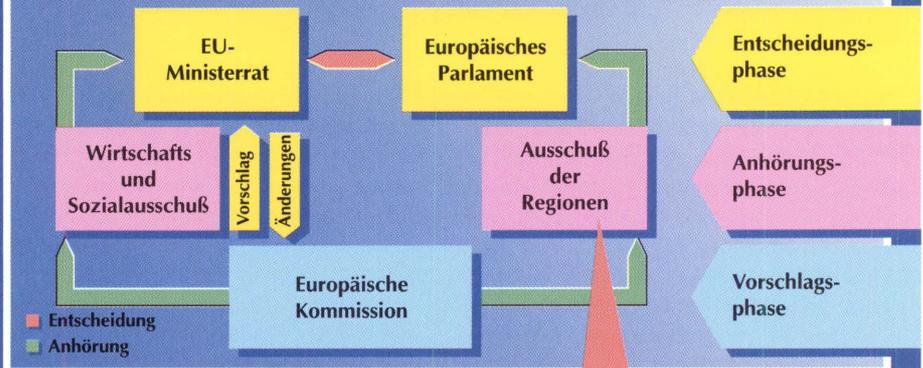
7,4 Milliarden DM: Das sind 53,9 Prozent des Gesamtexports



Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

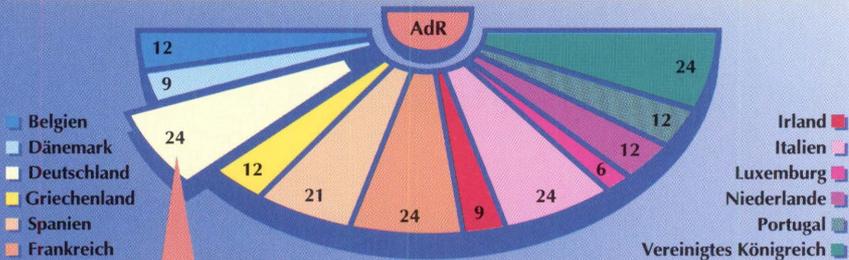
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Bremen benennt einen Vertreter



Klaus Wedemeier
Präsident des Senats,
Bürgermeister und Senator für
kirchliche Angelegenheiten

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem das Land Bremen seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingegangen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV) und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brüssel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	Luxemburg	131	2,4
Hessen	149	4,6	Niederlande	104	8,2
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	Portugal	60	4,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Großbritannien	98	10,3
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
Griechenland	49	7,7	Humberside	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
Spanien	80	21,3	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Dieses Organ der regionalen und loka-

Ausschuß der Regionen

len Gebietskörperschaften hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß.

Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Ausschuß der Regionen vertreten 21 die Bundesländer und drei die kommunale Ebene. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Bremen ist dies Bürgermeister Klaus Wedemeier). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

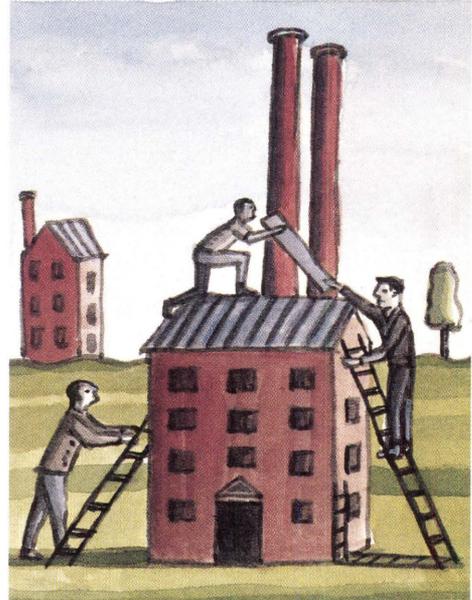
Bremen entscheidet mit

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Bremen erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen der EU sind Hamburg und die Ile-de-France, viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Land-



wirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL). Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAP), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Gesamthaushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ haben regionalen Charakter. Die Fördermaßnahmen kommen nur benachteiligten Gebieten zugute. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. Auch Teile der Städte Bremen und Bremerhaven fallen unter diese Förderung.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,227 Milliarden ECU bereit.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Bremen viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose EU-Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dient. In den meisten Fällen war den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wurde.

Regionale und kommunale Projektträger

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die Bremer Senatsregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

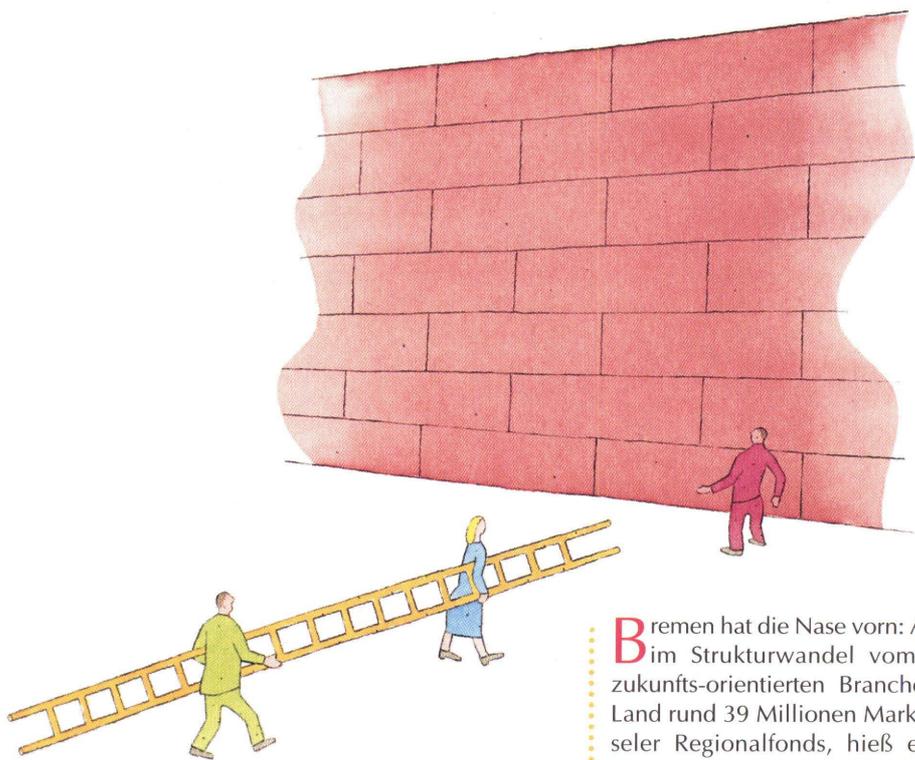
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte und Einsatzgebiete. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union
und Bremen handeln
bei vielen Projekten
gemeinsam



Bremen hat die Nase vorn: Als erste Region im Strukturwandel vom Schiffbau zu zukunftsorientierten Branchen erhalte das Land rund 39 Millionen Mark aus dem Brüsseler Regionalfonds, hieß es kürzlich im Weser Kurier. Der Artikel berichtet von RENAVAL, einem EU-Programm, das Projekte unterstützt, mit denen neue Arbeitsplätze außerhalb des Schiffbaus geschaffen werden. Vorbildlich funktionierte die Zusammenarbeit des Bremer Senats mit der Europäischen Kommission. Das Bremer Wirtschaftsministerium erarbeitete ein Aktionsprogramm, um die Verluste der Arbeitsplätze beim Schiffbau aufzufangen, und stellte zu diesem Zweck rund 20 Millionen ECU zur Verfügung. Da kam die Unter-



stützung aus Brüssel gerade recht: In der Zeit von 1989 bis 1993 sicherten weitere 20 Millionen ECU aus dem RENAVAL-Programm die Finanzierungspläne. Die Senatsverwaltung nutzte die Gelder in zweifacher Hinsicht: zum einen erschloß die Stadt Gewerbeflächen, auf denen sich neue Betriebe ansiedelten. Zum anderen gründete das Ministerium verschiedene Beratungszentren, in denen sich Firmen über ihre wirtschaftlichen Chancen in der Region informieren konnten.

Erschlossen wurden beispielsweise neue Gewerbeflächen auf dem Gelände der „AG Weser“ und der früheren Sieghold-Werft in Bremerhaven. Entstanden sind dort Beratungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie in Bremerhaven ein „Haus der Wirtschaft“. 1,6 Millionen ECU, das waren 53 Prozent der Gesamtkosten, wurden in den Ausbau anwendungsorientierter Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen gesteckt. Dabei kommt die Förderung insbesondere solchen Unternehmen zugute, die hochqualifizierte Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen schaffen.

Insgesamt hat die EU in den Jahren 1989 bis 1993 der Region Bremen 66 Millionen ECU für Regionalentwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt. So hat die Benthin Aktiengesellschaft für einen Neubau ihrer Abteilung Forschung und Entwicklung einen Zuschuß erhalten. 349 000 DM betrug die Unterstützung, 40 Prozent davon kamen aus Brüsseler Kassen. Die Firma Benthin produziert Maschinen zur Markisenherstellung.

Ein Zulieferbetrieb für Pkw-Motoren und -Getriebe erhielt ebenfalls einen Zuschuß zum Ausbau seines Unternehmens und schuf zu den bereits vorhandenen 500 Arbeitsplätzen 250 neue.

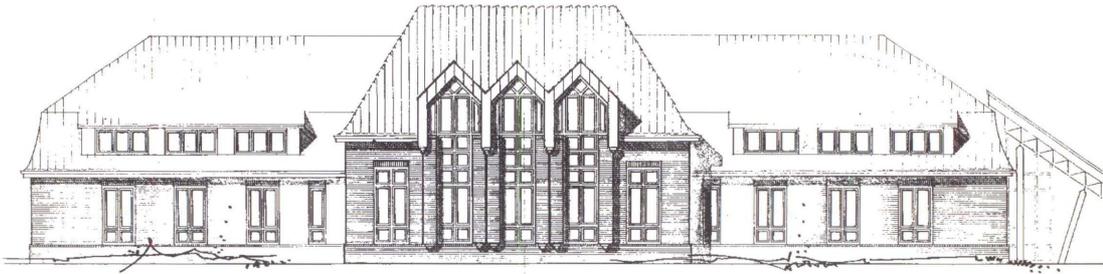
Grenzüberschreitende Kooperationen

Mit über zehn Millionen ECU hat die EU von 1987 bis 1992 insgesamt 66 Bremer Projekte mit 389 beteiligten Partnern in der gesamten Gemeinschaft finanziert. Die meisten Kooperationen kamen mit britischen und

französischen Firmen zustande, viele auch mit Unternehmen in den Niederlanden und Belgien. Große Industrien (Deutsche Aerospace Airbus GmbH, STN Systemtechnik Nord GmbH, Europart Electronic- und Kunststoffwerke GmbH und Spinnbau GmbH), die Universität Bremen, Forschungsinstitute (Bias - Forschungs- und Entwicklungslabor für angewandte Strahlentechnik GmbH, Stiftung Institut Werkstofftechnik, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.) und kleine und mittlere Unternehmen (Deutsche Agrar-Alkoholversuchsanlagen GmbH, Maschinenbau und Umweltschutzanlage GmbH, Krupp Atlas Elektronik GmbH und Entwicklungszentrum für maritime und industrielle Technik GmbH) nahmen an den Partnerschaften mit europäischen Firmen teil.

Landwirtschaft

Sieben Schlachthöfe erhielten 349 000 ECU, um ihre Fleischverarbeitung und -vermarktung zu verbessern. Zusätzlich modernisierten fünf Landwirte mit EU-Geldern ihre Betriebe, und 150 Bauern hatten wegen der geographisch oder klimatisch ungünstigen Lage ihrer Höfe Anspruch auf direkte Einkommensbeihilfen.



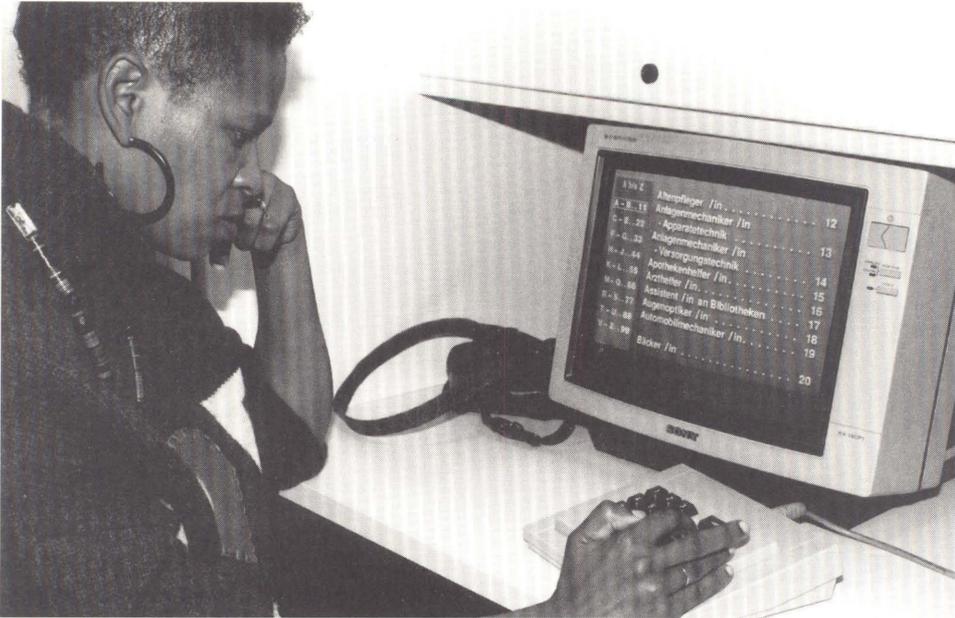
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur: Errichtung einer Managementzentrale im Bremerhavener Fischereihafen. Die Symbiose zwischen historisch geprägter Fassadengestaltung und modernem Bürointerieur steht im Vordergrund der Bauplanung

Forschung und Entwicklung

EWTIS heißt ein Informationssystem für den europäischen Wasserverkehr, ein Forschungsprojekt der EU, an dem sich auch Bremen beteiligt hat. Wenn ein Unglück vor der Küste geschieht, müssen Informationszentren vorhanden sein, die sofort über die Fracht des Schiffes Auskunft geben. Nicht nur Schiffsunglücke gefährden die Region, auch lassen Tanker immer wieder illegal auf See giftige Stoffe ab. Dies zu verhindern und damit zur Sicherheit der Seefahrt und der Küstenregionen beizutragen, ist Ziel des EWTIS-Projektes.

Im Rahmen des EURET-Programms, mit dessen Hilfe das europäische Verkehrswesen verbessert werden soll, hat die EU der Region Bremen 180 000 ECU zur Verfügung gestellt. Die Küstenregionen sollen effektiver vor Verschmutzung geschützt und die Reisebedingungen auf See verbessert werden.

THERMIE ist der Begriff für ein Förderprogramm der EU, für das sich Unternehmen bewerben können, die im Bereich der Solartechnik, Biomasse, Energieersparnis und Verringerung der Emissionen forschen. Das „größte europäische photovoltaische hausintegrierte Kraftwerk“ bauen die Stadtwerke Bremen zur Energieversorgung von 63 Reihenhäusern. Dazu arbeiten die Stadtwerke mit einer Wohnungsbaugesellschaft zusammen. Die Stadtwerke übernehmen die Planung der Solarzellen auf den Hausdächern, die Baugesellschaft plant und errichtet die Häuser. Nach ihrer Fertigstellung werden sie an private Benutzer verkauft, die photovoltaische Anlage, die den gesamten Häuserkomplex versorgt, bleibt allerdings im Besitz der Stadtwerke. Förderungswürdig war die Anlage aufgrund ihrer Dimension. Die Vernetzung der Häuser führte zu eindeutigen Kostenersparnissen. So wurde beispielsweise nur ein Wechselschalter benötigt, der die erzeugte Energie auf 240 Volt umschaltet. Auch wenn viele Verbraucher bereit sind, alternative Energien zu nutzen, Solarzellen sind in ihrer Anschaffung immer noch sehr teuer. Unterstützung ist notwendig. Die Kosten liegen insgesamt bei 2,3 Millionen ECU, davon trägt das THERMIE-Programm 40 Prozent, die Bremer Stadtwerke 30 und der Senator für Stadtentwicklung ebenfalls 30 Prozent.



Die von der Europäischen Union geförderte Koordinierungs- und Beratungsstelle „Frau und Beruf“ wendet sich an Frauen, die beruflich nach neuen Wegen suchen.

Europäischer Sozialfonds

Die EU förderte 1990 bis 1993 über 10 000 Bremer Bürger mit 52 Millionen ECU aus dem Sozialfonds. Dabei legte die Region den Schwerpunkt auf die berufliche Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase. 40 Bildungslehrgänge mit über 800 Teilnehmerinnen wurden veranstaltet. Fort- und Weiterbildungsangebote in den Berufsfeldern: kaufmännisch-technische Berufe, pflegerische, gesundheitliche Berufe und datenverarbeitungs- und kommunikationstechnische Berufe gehörten zum Programm. Außerdem versuchten die Veranstalter durch flankierende Kinderbetreuungsangebote, Zahlung eines Mindesteinkommens und sozialpädagogische Betreuung, den Frauen einen Neueinstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern. Mit Erfolg: annähernd 80 Prozent der Teilnehmerinnen fanden eine Stelle.

Auch jugendliche Arbeitslose nehmen an vielfältigen Aus- und Weiterbildungen teil. Vom nachgeholten Schulabschluss bis zur abgeschlossenen Berufsausbildung - mit einem Etat von zehn Millionen ECU aus dem Europäischen Sozialfonds wurde für über 10 000 Jugendliche ein beruflicher Neuanfang möglich.

„New Opportunities for Women“ (NOW) heißt ein weiteres Förderprogramm der EU, das den Frauen beim beruflichen Ein- oder Wiedereinstieg weiterhilft. Voraussetzung für die Bewilligung des Projektantrags ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Das „Arbeitsförderungszentrum Bremen“ hat Kontakte zu fünf griechischen Beratungsstellen geknüpft. Auf Initiative von dortigen Frauengruppen wurde in Bremen mit der Ausbildung griechischer Beraterinnen begonnen. Nach ihrer Rückkehr

machten sie sich an den Aufbau neuer Berufsberatungszentren für Frauen. In Bremen wurde in Folge des Projekts eine Beratungsstelle für ausländische Mitbürgerinnen eingerichtet. Ratsuchende sind Frauen, hauptsächlich aus der Türkei und Osteuropa, die sich über ihre Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt informieren können.

Europäische Bildungsprogramme

Mit Stipendien des ERASMUS-Programms, das Studenten aller Fachrichtungen offensteht, haben im Studienjahr 1992/93 über 300 Nachwuchsakademiker aus Bremen Uni-Erfahrungen an anderen europäischen Städten gesammelt.

„Jugend für Europa“ hat das Ziel, den Austausch europäischer Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren außerhalb des schulischen Rahmens und der Berufsausbildung zu fördern. 13 Projekte gab es in Bremen, mit denen ein Zusammentreffen verschiedener Jugendlicher ermöglicht wurde. Die Jugendlichen hatten die Gelegenheit, ihre Erfahrungen direkt auszutauschen und wurden sich ihrer Angehörigkeit zu einem gemeinsamen Europa bewußt. Die Europäische Kommission unterstützte diese Aktivitäten mit 61 471 ECU.

Über die Aktion „Jean Monnet“ fördert die Union Hochschulinitiativen, damit Lehrveranstaltungen zum Thema Europa vermehrt angeboten werden. Die Hochschule Bremen baute eine Datenbank zu den Stichworte: „Arbeit, Beschäftigung und Qualifikation in der Bauwirtschaft“ auf. Am Historischen Institut fand ein Seminar zum Thema „Der Europagedanke in der Geschichte“ statt. An der Universität Bremen wurden Vorlesungen über das „Europarecht“ und die „wirtschaftliche Integration der südeuropäischen Länder in die Gemeinschaft“ gehalten. In den Studienjahren 1990-1993 zahlte die EU 77500 ECU für vier Veranstaltungsprojekte.

